

Kurzbericht von Katharina Volk (Geschäftsführerin im Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit) zum Seminar "Der Kampf um Mitbestimmung" (1.-3. April in Erfurt)

Demokratische Strukturen werden in allen gesellschaftlichen Bereichen mit dem Argument der Effizienzsteigerung und der Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich abgebaut. Dies wird am sukzessiven Abbau von Mitbestimmung in Schulen, Hochschulen und auch in Betrieben deutlich. Auf der politischen Tagesordnung muss daher zum einen die Darstellung der Notwendigkeit von Interessenvertretung in einer demokratischen Gesellschaft stehen und zum anderen eine starke politische Kooperation zwischen SchülerInnenvertretungen, Studierendenvertretungen und Gewerkschaften.

Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit veranstaltete aus diesem Grund zusammen mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ein Seminar zur Bestimmung neuer Perspektiven kollektiver Interessenvertretung mit dem Thema „Der Kampf um Mitbestimmung“. Dazu waren Aktive in SchülerInnenvertretungen, Studierendenvertretungen und Gewerkschaften eingeladen, um in verschiedenen Arbeitsgruppen über die gegenwärtige Situation der Interessenvertretung innerhalb der Gesellschaft zu diskutieren und konkrete Maßnahmen für eine kontinuierliche Zusammenarbeit zu finden.

In der Diskussion um den aktuellen Stand der Interessenvertretung stellten die Teilnehmenden eine Veränderung des Verständnisses von Interessenvertretung fest. Diverse Standortdiskussionen und der wachsende individualistische Konkurrenzkampf untergruben die politische Relevanz kollektiver Interessenvertretung, was zu einer Aushöhlung demokratischer Strukturen führe. Zudem steige der in der Gesellschaft bestehende ökonomische Druck auf die einzelnen Menschen massiv, so dass das Interesse nach individuellen Vorteilen mehr und mehr in den Vordergrund rücke. Interessenvertretungen müssen an dieser Stelle gemeinsam einen Gegenpol bilden. Eine Öffnung der Strukturen, in der Inhalte und Partizipationsmöglichkeiten transparent gemacht werden, soll die Relevanz der Interessenvertretung herausstellen und die Diskussion um politische Fragen innerhalb sowie außerhalb der Interessensgruppen fördern. Interessenvertretungsstrukturen – auch wenn sie noch bestehen – müssen dauerhaft mit politischen Inhalten erkämpft werden.

Ein weiteres Ergebnis des Seminars betrifft die Mitbestimmung auf europäischer Ebene. Auf der europäischen Ebene sind Studierendenvertretungen, SchülerInnenvertretungen und Gewerkschaften in den drei Dachorganisationen ESIB, OBESSO und dem EGB vertreten. Diese Organisationen bieten allerdings kaum Raum für kritische Reflexionen des politischen Geschehens. Zudem haben die Interessenvertretungen auf europäischer Ebene bisher kaum eine politische Schlagkraft entfalten können, da die eigenständigen nationalen Organisationen nach wie vor dominieren. Eine Zusammenarbeit zwischen den drei Dachverbänden ist nicht zu verzeichnen.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Forderung nach dem Ausbau demokratischer Mitbestimmungsrechte sowie die Stärkung gesellschaftlich verantwortungsvollen Handelns wichtiger sind denn je. Alle Teilnehmenden des Seminars sprachen sich für die die Stärkung des Bündnisses für Politik- und Meinungsfreiheit und eine breitere Öffnung gegenüber kollektiven Interessenvertretungen aus. Bei allen politischen Forderungen der Interessenvertretung – sei es in der Diskussion um das Zentralabitur, bezüglich Studiengebühren oder in der Frage der Regelung von Tarifverträgen – müsse eine gesamtgesellschaftliche und emanzipatorische Perspektive enthalten sein.

Die Ergebnisse des Seminars bieten eine Grundlage, um eine konstante, politische und inhaltliche Auseinandersetzung in den Interessenvertretungen zu verankern. Inwiefern sich diese ausbauen lassen, wird weiter diskutiert werden. Anlass hierfür bietet das Ende Juli in Erfurt stattfindende Sozialforum.